

Wis/Sen



Ein Service des Presse- & Informationsdienstes der Stadt Wien und des Wiener Seniorenbeauftragten

Inhalt der neunzehnten Ausgabe

02

Älter werden im Wohnquartier (D)

Das Forum Seniorenarbeit des deutschen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen geht der Frage nach, wie lebendige Nachbarschaft gelingen kann.

08

Wohnzufriedenheit und Wohnqualität in Wien

Alle Bevölkerungsschichten haben zwischen 1995 und 2003 von der Verbesserung der Wohnqualität in Wien profitiert, darunter auch armutsgefährdete ältere Frauen über 60 Jahre.

13

Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich

Wessen Einkommen unter einer bestimmten Grenze liegt, gilt als armutsgefährdet. Doch wie definiert man Reichtum? Welche Rollen haben Sozialleistungen bei der Armutsbekämpfung? Diese und viele andere Fragen beantwortet der Bericht.

18

„Wis/Sen“-News

Polizei bildet Multiplikatoren aus: Senioren beraten Senioren. – Werden alte Menschen im Sprachgebrauch diskriminiert? – Altersgrenze für Kassenärzte in Deutschland aufgehoben. – Negative Erinnerungen verblassen im Alter schneller. – Statistik: „Stieffamilien“ und „Patchworkfamilien“ in Österreich.

Das „Wis/Sen“-Infoservice

Wenn Sie die Originalfassung einer Studie entleihen möchten, wenden Sie sich bitte an das Büro des Seniorenbeauftragten. (Telefon und E-Mail siehe Fußzeile.)

Impressum

„Wis/Sen“, ein Service des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien und des Wiener Seniorenbeauftragten.
Redaktion: Elga Martinez-Weinberger, MA 53
elga.martinez-weinberger@wien.gv.at

„Wis/Sen“: Entleihen von Originalstudien

Friedrich Grundei
Seniorenbeauftragter der Stadt Wien
friedrich.grundeil@senior-in-wien.at
Telefon 4000 85881



HerausgeberIn

Forum Seniorenarbeit, ein Projekt des Kuratoriums Deutsche Altershilfe
in Kooperation mit der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe
Köln/Düsseldorf, Mai 2008
84 Seiten

AutorInnen

Annette Scholl, Christian Carls u.a.
Archivnummer W 006

Älter werden im Wohnquartier: Lebendige Nachbarschaft – wie gelingt das? (D)

Lebensqualität im Alter hängt entscheidend vom Wohnen ab. Dazu gehören neben der Ausstattung der Wohnung auch die Rahmenbedingungen des Wohnens, nämlich Wohnumfeld und Nachbarschaft. Gute Nachbarschaften tragen wesentlich zum Wohlbefinden bei. Eine funktionierende Nachbarschaft kann Sicherheit, Vertrauen und das Gefühl der Zugehörigkeit vermitteln.

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe hat sich in Kooperation mit der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe mit der Rolle beschäftigt, die eine gute Nachbarschaft bei der Unterstützung alter Menschen spielen kann. Eine Reihe von Diskussionsbeiträgen befasst sich mit diesem Thema. Dabei wurde der Begriff der „Lebendigen Nachbarschaft“ geprägt, die sich bereits lange vor der Lebensphase der Hilfebedürftigkeit entwickeln muss, um im Bedarfsfall tatsächlich entlastend und unterstützend wirksam werden zu können.

Nachbarschaft im Wandel der Zeiten

In der gesamten Menschheitsgeschichte sind Nachbarschaften Lebensgemeinschaften, die nach klar definierten Regeln funktionieren und durch gemeinsame Interessen verbunden sind, wie etwa durch das Bedürfnis, das gemeinsame Territorium zu schützen. Hilfe beim Feuerlöschen, bei der Ernte oder etwa beim Bau eines Hauses waren speziell in ländlichen Gemeinschaften soziale Aufgaben der Nachbarschaft. Trotz der Institutionalisierung oder Professionalisierung vieler dieser Funktionen kommt auch heute noch der Nachbarschaft eine hohe Bedeutung zu, sowohl emotional als auch praktisch.

„Wis/Sen“: Entleihen von Originalstudien

Friedrich Grundei
Seniorenbeauftragter der Stadt Wien
friedrich.grundei@senior-in-wien.at
Telefon 4000 85881



Die Rolle der Nachbarn im Unterstützungsnetzwerk

Neben Familienangehörigen und FreundInnen stellen NachbarInnen häufig wichtige soziale Kontakte für ältere Menschen dar, vor allem dann, wenn deren Mobilität nachlässt und dadurch der Bewegungsradius eingeschränkt ist. Bei zunehmender Hilfebedürftigkeit können Nachbarn einen besonderen Platz im Unterstützungsnetzwerk einnehmen. Aufgrund der räumlichen Nähe übernehmen sie beispielsweise ohne zusätzliche Mühe Einkäufe für alte Menschen und stehen ihnen in unvorhergesehenen Notfällen zur Seite. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass eine „Lebendige Nachbarschaft“ bereits vor dem Eintreten der altersbedingten Hilfebedürftigkeit besteht.

Was ist „Lebendige Nachbarschaft“?

Nachbarschaften sind zunächst keine Freundschaften, gute Nachbarschaften tragen jedoch sehr wesentlich zum Wohlbefinden bei und erhöhen die Wohnzufriedenheit. Soziale Eingebundenheit, positive Kontakte und gegenseitige Unterstützungsleistungen sind Indikatoren dafür. Der Begriff „Lebendige Nachbarschaft“ charakterisiert eine nachbarschaftliche Beziehung, die mehr ist als die Organisation von nachbarschaftlicher Hilfe.

Voraussetzung zur Entwicklung einer guten Nachbarschaft sind Möglichkeiten der Begegnung, bei denen gegenseitiges Interesse geweckt wird und Vertrauen entsteht. Gemeinsame Aktivitäten ohne „Hilfe-Perspektive“ schaffen erst die Basis für nachbarschaftliche Hilfe. Wobei diese Bereitschaft von beiden Seiten aus bestehen muss: Der alte Mensch muss ausreichend Vertrauen entwickelt haben, um Hilfe aktiv nachzufragen und diese auch annehmen zu können, die Nachbarn müssen eine – freiwillige – Rolle im Unterstützungsnetzwerk zu akzeptieren bereit sein, wobei dies eine Rolle sein muss, die zumutbar ist und gern erbracht wird.

Ziel: So lange wie möglich in der vertrauten Umgebung leben

Auch wenn die Qualitätsverbesserung in den Heimen für alte Menschen in den letzten Jahren enorme Fortschritte gemacht hat, haben nach wie vor die meisten alten Menschen den Wunsch, so lange wie möglich in der gewohnten Umgebung leben zu können. Mit der vertrauten Wohnumgebung verbinden Menschen Kontinuität und Identität, denn nachbarschaftliche Kontakte und vertraute Abläufe bleiben erhalten.

Um den Verbleib in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen, ist jedoch ein vielfältiges Versorgungs- und Unterstützungsnetzwerk erforderlich. Dabei gewinnen außerfamiliäre Netzwerke und Kontakte, wie etwa die zwischen Nachbarn, zunehmend an Bedeutung.

Alt und Alt oder Alt und Jung

Ältere Menschen wollen mit jüngeren Generationen zusammenleben, wenn auch mit entsprechenden Rückzugsmöglichkeiten. Wo keine Durchmischung der Generationen gegeben ist, kann Nachbarschaftshilfe schwer umgesetzt werden. Schwierig wird es, wenn die Bewohner eines Hauses oder einer Gegend zur gleichen Zeit das Alter der Hilfebedürftigkeit erreichen. Dieser Fall kann in Häusern, die vor Jahrzehnten gleichzeitig mit jungen Familien besiedelt wurden, eintreten. In einem der Diskussionsbeiträge, die in der vorliegenden Studie zusammengefasst sind, heißt es, dass in vielen Regionen ganze Reihensiedlungen altern, während in anderen Stadtteilen wiederum Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen kulturellen, sozialen und biographischen Hintergründen zusammenwohnen, die zum Teil in Abschottung voneinander leben.

Der Beitrag älterer Menschen für die Nachbarschaft

Nachbarschaftliche Hilfe ist keine Einbahnstraße. Viele der Jüngeren unter den älteren Menschen entwickeln eine hohe Bereitschaft, sich freiwillig in Nachbarschaftsinitiativen oder sozialen Netzwerken zu engagieren. Die meisten Älteren wollen heute ihre nachberufliche Lebensphase, die zwanzig, dreißig oder mehr Jahre umfassen kann, aktiv gestalten. Sie haben Bedürfnisse nach Kommunikation, Bildung, Freizeitgestaltung und sinnvoller Betätigung, und all dies zusammen mit Gleichgesinnten. Sie sind aber auch bereit, Verantwortung im Rahmen von freiwilligem Engagement zu übernehmen. Ältere Menschen haben ein hohes Interesse an Partizipation, und sie verfügen außerdem über Erfahrung und Zeit, um sich bei einem Projekt Ziel führend zu engagieren. Vor allem wenn ein Projekt die nähere Wohnumgebung betrifft, besteht großes Interesse und Bereitschaft, sich zu engagieren.

Die Rolle der Kommunen als Initiatoren

Funktionierende Nachbarschaften entfalten mittelfristig entlastende Wirkung auch für die Kommunen. Also sind die Kommunen gut beraten, durch entsprechende Maßnahmen das Entstehen funktionierender Nachbarschaften zu fördern und diese auch zu unterstützen. Dies kann etwa dadurch geschehen, dass die Kommune vielfältige positiv besetzte Begegnungsmöglichkeiten schafft, etwa durch lokale Veranstaltungen und das Fördern gemeinsamer generationenübergreifender Aktivitäten im Stadtteil. Projekte, bei denen ältere Menschen ihre Bereitschaft, sich zu engagieren, umsetzen können, oder Projekte, die Älteren und Jüngeren in einer Nachbarschaft ein gemeinsames Mitgestalten ermöglichen, sind besonders geeignet, die Generationen einander näherzubringen. Als empfehlenswert angeführt wird auch die Einrichtung niederschwelliger Begegnungsstätten wie Nachbarschaftstreffs oder Cafés.

Die Kommune sollte Probleme des Lebens im Alter als Entwicklungsaufgabe ansehen und das Entstehen innovativer, kreativer und nachhaltig wirkender Bildungs- und Betreuungskonzepte fördern. Lebendige Nachbarschaften entstehen zwar im Idealfall von allein, wo dies jedoch nicht der Fall ist, kann der Einsatz von Mediatoren oder anderen geeigneten Vermittlern sinnvoll sein.

Projektideen und Erfahrungen

Eine Fachberaterin für Sozialplanung und Bürgerengagement aus Dortmund betont in ihrem Beitrag, dass lebendige Nachbarschaften nur entstehen können, wenn sie von Sinnzusammenhängen im gemeinsamen Tun und gemeinsamen Erleben getragen sind. Als erfolgreiche Nachbarschaftsinitiativen führt sie an: einen „Handwerker-Pool“ in Aachen, den Jugendliche und Ältere ins Leben gerufen haben, ein von BewohnerInnen in Eigenregie gegründeter Nachbarschaftsladen in Krefeld, in dem sich Krabbelgruppe, Jugendzentrum und Seniorencafé unter einem Dach befinden, und eine Stadtteilinitiative in Düren, in der sich Initiativen und Bewohnergruppen zusammengeschlossen haben und die für die BewohnerInnen Leistungen in den Bereichen Kultur, Bildung, Gesundheit, Prävention und Integration anbietet.

In einem anderen Beitrag wird ein erfolgreiches Projekt lebendiger Nachbarschaft in einem Hochhaus in Dortmund beschrieben. In diesem Haus waren noch vor 15 Jahren 50 % der Wohnungen leer gestanden, es war

verwahrlost und die Mieterfluktuation hoch. In dieser Situation wurde eine alleinstehende Mieterin aktiv. Sie organisierte Feste, bei denen die MieterInnen des Hauses einander kennenlernten. Diese Begegnungen schufen die Basis für das Entstehen einer Gemeinschaft unter den BewohnerInnen. In der Folge riefen sie gemeinsam ein Hausmeisterservice ins Leben und erreichten, dass ihnen der Vermieter eine leerstehende Wohnung für gemeinschaftliche Aktivitäten zur Verfügung stellte. Kaffeerunden, Spiele-Nachmittage und Skatrunden machten den Anfang, inzwischen wird auch Silvester von denen, die nicht allein sein wollen, gemeinsam gefeiert, und die MieterInnen unternehmen gemeinsam Ausflüge ins Dortmunder Theater oder zu Musical-Aufführungen nach Hamburg. So wurde eine lebendige Nachbarschaft geschaffen, die im Bedarfsfall auch gegenseitiges Helfen ermöglicht. Als Nebeneffekt kann sich der Vermieter darüber freuen, dass inzwischen mehr als 95 % der Wohnungen vermietet werden konnten. Vorwiegend sind es ältere Menschen, die wegen der intakten Nachbarschaft in das inzwischen renovierte Haus einziehen.

Der dritte Sozialraum

Der deutsche Sozialpsychiater Klaus Dörner hebt in seinem Buch „Leben und sterben, wo ich hingehöre“ die Bedeutung des sogenannten dritten Sozialraums hervor. Zwischen dem Privatraum jedes Menschen, dem sogenannten „Ich-Raum“ und der Gesellschaft, dem „Wir-Raum“, liegt dieser dritte Sozialraum, zu dem auch die Nachbarschaft gehört. Dörner vertritt die These, dass in der Menschheitsgeschichte keine Kultur auf diesen dritten Sozialraum verzichten konnte. Erst in der Epoche der Moderne, also ab etwa 1880, wurden seine Funktionen zum Teil durch die Modernisierung und Institutionalisierung des Helfens gewissermaßen „demontiert“.

Im Unterschied zum Markt des Helfens beruht die bürgerschaftliche Form des Helfens im dritten Sozialraum auf territorial begrenzter Solidarität und auf „asymmetrischer Gegenseitigkeit“, bei der der/die eine gibt, was er/sie kann, und der/die andere erhält, was er/sie braucht. Für eine Gesellschaft gibt es viele überlebenswichtige Gründe, den Sozialraum der Nachbarschaft für das Herzstück der Gesellschaft zu halten, das sich in seiner Vielfalt und Freiwilligkeit jeder Planbarkeit entzieht.

Dörner vertritt den Standpunkt, dass Nachbarschaft keineswegs, wie der Modernisierungsfortschritt 100 Jahre lang vermuten ließ, als vormodern überholt sei, sondern dass sie als Kostbarkeit, die das Gemeinwesen erst lebendig macht, dringender benötigt werde als je zuvor.

Community living als territorial begrenzte Solidarität

Im Konzept des community living wird Solidarität als Verantwortung für alle im Territorium lebenden bzw. diesem zugehörigen Menschen definiert. Die Größenordnung eines solchen Territoriums kann beispielsweise den Einzugsbereich einer Grundschule oder einer Kirchengemeinde umfassen. Wichtig ist weniger die Größenordnung, sondern dass es sich um einen gemeinsam erlebten Erfahrungsraum handelt.

Die Nachbarschaft wird, neben dem familiären Haushalt, als der niederschwelligste Sozialraum zum Helfen bezeichnet. Dabei entfällt die auf höheren und institutionellen Ebenen immer noch beliebte Spezialisierung, also die Sortierung der Menschen nach Beeinträchtigungsarten. Nachbarn sind Menschen mit unterschiedlichem Hilfebedarf und mit unterschiedlichen Fähigkeiten zu helfen. Sie nehmen einander als Individuen wahr und agieren und reagieren aufgrund speziell wahrgenommener Bedürfnislagen. Daher warnt Dörner auch vor vorschnellen Schulungen freiwilliger Bürgerhelfer, da es nicht immer günstig ist, wenn Nachbarn die Sicht der Profihelfer übernehmen. Er meint nämlich, dass Profis und Bürgerhelfer einander nur dann gut ergänzen, wenn sie ihre speziellen Vorzüge einbringen und ihre jeweiligen Ressourcen einander ergänzen können. Dazu wird in einem anderen Beitrag betont, wie wichtig es ist, dass hauptamtliche und ehrenamtliche Helfer einander auf gleicher Augenhöhe begegnen. So wichtig professionelle Dienste sind, so können sie, laut Dörner, eines nicht leisten, nämlich das Integrieren. Dies können nur die Nachbarn tun, indem sie Menschen durch soziale Beziehungen das Gefühl geben, dazuzugehören.

Herausgeber

SORA Institute for Social Research and Analysis
im Auftrag der MA 50 – Referat Wohnbauforschung
Wien, November 2005
149 Seiten

AutorInnen

Dr. Vlasta Zucha, Silvija Rapa, Mag. Ingrid Putz, Mag. Paul Timar
Wiss. Ltg.: Günther Orgis, M. A.
Archivnummer W 007

Wohnzufriedenheit und Wohnqualität in Wien

Im Rahmen dieser Sonderauswertung der Großstudie „Leben und Lebensqualität in Wien II“ wurden die Wohnzufriedenheit der Jahre 1995 und 2003 verglichen. Neben der objektiven Wohnqualität wurden vor allem jene subjektiven Faktoren erhoben, die zur Zufriedenheit mit Wohnung und Wohnumgebung beitragen.

Wohnqualität und Wohnzufriedenheit deutlich gestiegen

Der erste Teil dieser Sonderauswertung befasst sich mit Methoden zur Erhebung der Wohnzufriedenheit und mit Parametern, die Wohnzufriedenheit beeinflussen. Im Vergleich zwischen 1995 und 2003 konnte festgestellt werden, dass sich sowohl die objektiv messbare Wohnqualität als auch die subjektiv empfundene Wohnzufriedenheit verbessert haben. Ersteres betrifft beispielsweise die Ausstattung von Wohnungen mit Balkon oder Terrasse, deren Anteil im Vergleichszeitraum von 35 % auf 45 % gestiegen ist, ebenso wie die Ausstattung mit Lärmschutzfenstern, die von 29 % auf 43 % gestiegen ist. Die Anzahl der mit Aufzügen versehenen Wohnhäuser nahm von 42 % auf 51 % zu, der Anteil an Wohnhausanlagen mit begehbaren Grünflächen stieg von 32 % auf 48 %.

Faktoren, die zur Wohnzufriedenheit beitragen

Wohnzufriedenheit hängt nicht allein von objektiven Wohnungsmerkmalen und Qualitätskriterien ab, sondern ist auch u. a. von den Faktoren Alter, Sozialstand, Bildungsstand, Freizeitbudget, Einkommen und Haushaltsgröße abhängig. Sie ist aber, und dies kann in der vorliegenden Sonderauswertung nachgewiesen werden, sehr wohl von Faktoren beeinflusst, die in die Zuständigkeit einer kommunalen Verwaltung fallen, wie Qualität der Wohnungsumgebung und vor allem auch Anbindung an den öffentlichen

Verkehr. Es wird in der Studie also unterschieden zwischen spezieller Wohnungszufriedenheit und Wohnumgebungszufriedenheit.

Die spezielle Wohnungszufriedenheit hängt in erster Linie von folgenden Faktoren ab: Größe der Wohnung (wichtigstes Kriterium) und Angemessenheit der Wohnkosten (in der Studie als Preiswürdigkeit bezeichnet). Diese beiden Faktoren zählen zu jenen, die die „materielle Wohnungszufriedenheit“ ausmachen.

Zur sogenannten Wohnumgebungszufriedenheit tragen bei: das Ansehen des Viertels (wichtigstes Kriterium, in der Studie als „soziogeographische Lage“ bezeichnet), die ruhige Lage der Wohnung sowie die Lage des Viertels innerhalb der Stadt, wobei hier auch die Nähe zu Grünflächen eine Rolle spielt. Weitere Faktoren, die in der Studie erhoben wurden: subjektive Sicherheit, Sauberkeit des Wohnumfeldes (einschließlich der Luftqualität), Parkplatzsituation und Lärmbelästigung.

Gute Wohnqualität schafft eine Bindung an das Wohngebiet. Dieser Aspekt ist für die Stadtplanung insofern von Interesse, als er Auskunft darüber gibt, ob etwa in einem bestimmten Gebiet Abwanderungen zu erwarten sind.

Preis-/Leistungsverhältnis

Während sich die Wohnzufriedenheit, die schon 1995 in vielen Aspekten sehr hoch gewesen war, seither noch gesteigert hat, ist im Bereich der Preiswürdigkeit keine signifikante Verbesserung festzustellen. Im Gegenteil: Die Wichtigkeit des finanziellen Aspektes ist seit der ersten „Leben in Wien“-Studie gestiegen. Veränderungen in diesem Bereich würden sich inzwischen stärker auf die allgemeine Wohnzufriedenheit auswirken als dies noch in den 1990er-Jahren der Fall war. Somit ist das Preis-/Leistungsverhältnis der wichtigste Ansatzpunkt für wohn- und stadtplanerische Maßnahmen.

Wohnqualität, soziale Gerechtigkeit, Integration

Der zweite Teil der Sonderauswertung geht der Frage nach, welche Bevölkerungsgruppen von den zwischen 1995 und 2003 statistisch nachweisbaren Verbesserungen profitiert haben und welche Gruppen keinerlei Verbesserung ihrer Wohnqualität erreichen konnten.

Dabei wird eingangs auf den stark segmentierten Wohnungsmarkt in Österreich hingewiesen, der durch unterschiedliche Zugangsbedingungen, Preisregelungen und institutionelle Strukturen gekennzeichnet ist. Das

Angebot reicht von privaten Mietwohnungen über den sozialen Wohnbau (Gemeinde-, Genossenschafts- und geförderte Mietwohnungen) bis zu Eigentumswohnungen und Eigenheimen. MieterInnen privater Mietwohnungen mit oft schlechterer Wohnqualität sind überdies mehr als andere Gruppen gezwungen, öfter die Wohnung zu wechseln, bedingt durch befristete Mietverträge oder Untermietverträge.

Als Indikatoren für Wohnqualität wurden herangezogen: Art des Wohnhauses, Anzahl der Wohn- und Nebenräume der Wohnung, Wohnfläche in Quadratmetern, Rechtsverhältnis, Mietvertrag befristet oder unbefristet, Höhe der Miete plus Betriebskosten, Vorhandensein von Balkon, Loggia oder Terrasse, Vorhandensein von Lärmschutzfenstern, Art der Heizung, Ausstattung der Wohnanlage bzw. des Hauses sowie die Wohnumgebungsqualität.

Die Wohnqualität folgender Bevölkerungsgruppen/Haushaltstypen wurde im Detail untersucht: armutsgefährdete Alleinerzieherinnen mit Kindern unter 15 Jahren, armutsgefährdete alleinstehende Frauen über 60 Jahre, armutsgefährdete kinderreiche Haushalte mit drei oder mehr Kindern unter 15 Jahren sowie kinderlose Haushalte mit Doppelleinkommen. Weitere Vergleiche wurden zwischen MigrantInnen und NichtmigrantInnen sowie zwischen Eingebürgerten und Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft gezogen.

So wohnen alleinstehende armutsgefährdete Frauen über 60

Unter den für die vorliegende Sonderauswertung im Detail untersuchten sozial schwachen Gruppen waren auch alleinstehende armutsgefährdete Frauen über 60 Jahre. Wie groß der Anteil dieser Gruppe unter allen befragten über 60-Jährigen war und wie diese Gruppe im Vergleich zu den nicht armutsgefährdeten Gleichaltrigen beiderlei Geschlechts zu sehen ist, ist der Sonderauswertung nicht zu entnehmen.

Die Armutsgefährdung wurde aufgrund des Einkommens definiert. Somit galt eine alleinstehende Frau über 60 Jahre dann als armutsgefährdet, wenn ihr Jahreseinkommen nicht über 8.928 Euro (1995) bzw. 9.425 Euro (2003) lag. Die Anzahl der Befragten in dieser Zielgruppe lag bei 288 (1995) bzw. 170 (2003).

Diese Verbesserungen konnten zwischen 1995 und 2003 für die Zielgruppe der armutsgefährdeten Frauen über 60 erzielt werden:

Anzahl der Wohnräume:	1,8 (1995)	2,3 (2003)
Wohnungsgröße:	48,7 m ²	59,6 m ²

Bezüglich des Rechtsverhältnisses dominierte bei dieser Zielgruppe 2003 das Wohnen in Gemeindewohnungen (38 %), gefolgt von Mietwohnungen in Hauptmiete (33 %), in Summe 71 %. 1995 waren es insgesamt 85 % gewesen, die in Hauptmiete in Miet- oder Gemeindewohnungen gewohnt hatten.

2003 wohnten 14 % der armutsgefährdeten Frauen über 60 Jahre in Eigentumswohnungen, 1995 waren es 6 %, gewesen. 2003 bewohnten 10 % der Zielgruppe Genossenschaftswohnungen, 1995 waren es 2 % gewesen.

2003 hatten 94 % der armutsgefährdeten Frauen über 60 Jahre einen unbefristeten Mietvertrag, gegenüber 84 % im Jahr 1995. Damals hatten 13 % dieser Zielgruppe nur einen befristeten Mietvertrag gehabt, 2003 waren dies nur mehr 3 %. 1995 hatten 3 % überhaupt keinen Mietvertrag gehabt, eine Kategorie, die in der Tabelle für 2003 nicht mehr vorkommt.

Ausstattung von Wohnung und Haus verbessert

2003 verfügten 31 % der befragten armutsgefährdeten älteren Frauen über Loggia oder Balkon (1995: 15 %), 44 % der Wohnungen dieser Zielgruppe hatten Lärmschutzfenster (1995: 21 %). 54 % hatten 2003 einen Lift in ihrem Wohnhaus, gegenüber 30 % im Jahr 1995. Gemeinschaftsräume gab es nur in 4 % der Wohnhäuser, 1995 waren es 5 % gewesen. Die Zahl der begehbaren Grünflächen war hingegen im Vergleichszeitraum von 22 % auf 35 % gestiegen.

Als hauptsächlicher Brennstoff für die Heizung wurde 2003 von 48 % der Befragten Gas, 27 % Fernwärme, 10 % Strom, 9 % Öl und 7 % Koks, Kohle oder Holz verwendet. Gegenüber 1995 bedeutet das eine Zunahme des Fernwärmeanteils von 14 % auf 27 % sowie eine Abnahme des Heizens mit Strom von 14 % auf 10 %, mit Öl von 10 % auf 9 % und mit festen Brennstoffen von 12 % auf 7 %.

Alle Bevölkerungsschichten haben profitiert

Von den zwischen 1995 und 2003 erfolgten Verbesserungen der Wohnqualität haben alle Bevölkerungsschichten profitiert, wobei es im Vergleichszeitraum vor allem bei unteren Einkommensschichten zu sozialen Aufholprozessen gekommen ist.

Bei jüngeren armutsgefährdete Personen (bis 29 Jahre) konnte allerdings eine im Vergleich zu anderen Gruppen überdurchschnittliche Steigerung beim Faktor Preis registriert werden.

Beim Vergleich von MigrantInnen mit Nicht-MigrantInnen fällt auf, dass armutsgefährdete Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft zwar relativ die größten Steigerungen der objektiven Wohnqualität erreicht haben, dies aber ausgehend vom niedrigsten Niveau. Nach wie vor sind MigrantInnen jene Gruppe, bei der Ausstattung der Wohnung, Lage und Wohnumgebung qualitativ geringer sind als bei ÖsterreicherInnen und Eingebürgerten der selben Einkommensgruppe.

HerausgeberIn

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP)

Wien, Dezember 2008

156 Seiten

AutorIn

Dr. Andreas Höferl, Barbara Hauenschild, Susanne Halmer

Archivnummer B 002

Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich

Im Jahr 2004 hat die Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung den „1. Armuts- und Reichtumsbericht“ vorgelegt und damit einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass neben Armut auch Reichtum zum Thema der öffentlichen Diskussion wird, zumal sich beim nunmehr vorliegenden „2. Armuts- und Reichtumsbericht“ herausstellt, dass in Österreich nicht nur Armut, sondern gleichzeitig auch Reichtum zunimmt.

Bereits im ersten Armuts- und Reichtumsbericht war aufgezeigt worden, dass Verteilprozesse im Gange sind, die eine wachsende Zahl an Menschen in die Armut drängen, während sich bei anderen Menschen Einkommen und Vermögen, insbesondere Geldvermögen, zunehmend anhäufen. Sozialausgaben, Transferleistungen, Ermäßigungen und Beihilfen spielen bei der Linderung von Armut in Österreich eine entscheidende Rolle.

Gesellschaftliche Diskussion beleben

Die gesellschaftliche Diskussion über Armut und Reichtum zu beleben ist das Ziel der AutorInnen des nunmehr vorliegenden zweiten Armuts- und Reichtumsberichtes für Österreich. Dabei wurden neben den Einkommen der ArbeitnehmerInnen und den Selbstständigeneinkommen auch Betriebsüberschüsse, Vermögenseinkommen, Pensionen, Familien- und Sozialleistungen in die Untersuchung einbezogen, ebenso wie Geldvermögen von Einzelpersonen und Kapitalgesellschaften sowie das Geld-, Sach- und Betriebsvermögen von Wirtschaft und Staat. Konsum, Sparen, Schulden und Steuern sind weitere Bereiche, die im Bericht untersucht werden, bis hin zu Privatstiftungen. Während die Datenlage zum Thema Armut aussagekräftig ist, vermerken die AutorInnen, dass die Datenlage zum Thema Reichtum immer noch dürftig ist. Dennoch ist es gelungen, für diesen zweiten Bericht auch hierfür aufschlussreiche Informationen zusammenzutragen.

„Wis/Sen“: Entlehen von Originalstudien

Friedrich Grundei

Seniorenbeauftragter der Stadt Wien

friedrich.grundei@senior-in-wien.at

Telefon 4000 85881



Was ist Armut?

Die öffentliche Diskussion über Armut thematisiert meist lediglich die Einkommenssituation der Haushalte. Armutsgefährdung besteht, wenn dieses Einkommen eine bestimmte Grenze unterschreitet. In Europa wird diese Grenze mit „unter 60 % des Medianeinkommens“ definiert. (Anmerkung der Redaktion: Unter dem Medianeinkommen versteht man das mittlere Brutto-Monatseinkommen einschließlich der Sonderzahlungen aller sozialversicherten Arbeitgeber und Angestellten, mit Ausnahme von Lehrlingen, geringfügig Beschäftigten und Beamten. Das Medianeinkommen als Mittelwert ist somit aussagekräftiger als ein rein arithmetisch ermitteltes Durchschnittseinkommen. In Deutschland gilt als arm, wer weniger als 40 % des Medianeinkommens zur Verfügung hat.) Durch Armut wird der Zugang zu einem gewissen Lebensstandard und den damit verbundenen Gütern beschränkt, und es kommt zu einem Mangel an Verwirklichungschancen. In der Folge kann es auch zu einer Form von gesellschaftlicher Deprivation (Entbehrung) kommen, bei Betroffene am sozialen Leben ihres Umfeldes nicht mehr teilnehmen können. Somit ist Armut ein vielschichtiger Begriff.

Was ist Reichtum?

Noch schwieriger scheint es allerdings zu sein, Reichtum zu definieren. Wie wichtig dies jedoch ist, begründen die AutorInnen damit, dass Armut und Reichtum durch Verteilungsmechanismen in einer Gesellschaft in einem engen Zusammenhang stehen. Wer Armut vermeiden will, muss daher auch der Entstehung und Entwicklung von Reichtum wissenschaftliche Beachtung schenken.

An einer Definition von Reichtum ist auch zweite deutsche Armutsbericht (2004/2005) gescheitert. Dort heißt es: „Es besteht kein Konsens darüber, was Reichtum und Vermögen konkret sein soll; noch weniger ist eine Einigung in Fragen der Operationalisierung und Messung von Reichtum in Sicht. Auch bestehen noch vielfältige Erkenntnisdefizite insbesondere nicht-monetärer Reichtumsdimensionen.“

Unter diesen „nicht-monetären Reichtumsdimensionen“ sind vererbte Chancen wie etwa die Zugehörigkeit zu elitären gesellschaftlichen Kreisen zu verstehen. Für solche „privilegierten Lebenslagen“ gibt es in der Wissenschaft keine eindeutige konkrete Begriffsbestimmung. Zweifellos gehören dazu: die Vererbung von Ressourcen (speziell von Vermögen), die Ausstattung mit sozialem und kulturellem Kapital, das Vorhandensein

persönlicher Netzwerke, der Zugang zu karriererelevanten Informationen und persönliche Aspekte wie Umgangsformen, Souveränität des Auftretens, hohe Allgemeinbildung u. a.

8 % der Bevölkerung in Haushalten mit „hohem Einkommen“

Über die Einkommenshöhe, ab der „Reichtum“ beginnt, konnten sich bisher die relevanten Institutionen und Wissenschaftsdisziplinen nicht einigen. Der österreichische Sozialbericht 2003/04 etwa bezeichnet das oberste Einkommensprozent als reich. Im zweiten deutschen Armuts- und Reichtumsbericht gelten Einkommen, die mehr als das Dreifache des Medianeinkommens betragen, als „hohe Einkommen“. Das entspricht in Österreich einem Jahreseinkommen von mehr als 35.940 Euro netto. Die nächste Stufe, der sogenannte „Einkommensreichtum“ besteht demgemäß ab dem Fünffachen des österreichischen Medianeinkommens von jährlich 14.376, also ab einem Nettojahresbezug von 71.880 Euro. Das entspricht nach Schillingwerten etwa einem Jahreseinkommen von einer Million Schilling.

Nach dieser Berechnungsmethode hatten in Österreich 2005 444.240 Menschen ein hohes Einkommen, 62.910 von ihnen waren aufgrund ihres Einkommens reich.

Eine andere Berechnung (Statistik Austria, EU-SILC 2006) geht von 180 % des Medianeinkommens aus und wies für Österreich 680.000 Menschen aus, die in Haushalten mit hohem Einkommen lebten. Das wären 8 % der Bevölkerung.

12,6 % leben in armutsgefährdeten Haushalten

Die Statistiker beurteilen Armutsgefährdung nach dem Haushaltseinkommen. Demnach lebten 2006 in Österreich 12,6 % der Bevölkerung, also 1.027.000 Menschen, in Haushalten, deren Einkommen unter der Schwelle zur Armutsgefährdung lag. Dies sind Haushalte, die monatlich weniger als 765 Euro (Jahreswert durch 12) erhielten (1 Erwachsener) bzw. 995 Euro (1 Erwachsener, 1 Kind), 1.148 Euro (2 E) oder 1.607 (2 E, 2 K). Die entsprechenden Monatswerte bei anderer Berechnung (Jahreseinkommen durch 12): 893 (eine Person), 1.160 (1 E, 1 K), 1.339 (2 E) und 1.874 (2 E, 2 K). In manifester Armut (niedriges Einkommen und bereits eingetretener Zustand der Deprivation) lebten 2006 6 % der österreichischen Bevölkerung, also 459.000 Menschen.

Im Bundesländervergleich haben sich zwischen 2004 und 2006 die Armutsgefährdungsquoten wie folgt verändert: Der stärkste Anstieg war in Kärnten zu verzeichnen, nämlich von 9,3 % auf 14,6 %. Den größten Rückgang gab es in Vorarlberg mit 16,9 % auf 9,2 %. In Wien ging der Wert von 15,8 % (2004) auf 12,7 (2005) zurück, um auf 17,2 (2006) anzusteigen. Starke Schwankungen gab es zwischen 2004 und 2006 auch in Salzburg (15,9 %, 8,7 %, 11,8 %) und Tirol (11 %, 14 %, 10 %).

Risikogruppen für Armutsgefährdung

Einige Bevölkerungsgruppen haben ein deutlich höheres Risiko in die Armutsgefährdung zu geraten als andere. Dies sind allein Lebende, Menschen mit geringer formaler Bildung, Arbeitslose, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund sowie Haushalte mit drei oder mehr Kindern. Ein Viertel aller Armutsgefährdeten in Österreich sind Kinder. 122.000 Buben und 128.000 Mädchen leben in armutsgefährdeten Haushalten. Haushalte mit Pflegebedürftigen oder Personen mit besonderen Bedürfnissen haben selbst dann ein erhöhtes Armutsrisiko, wenn Pflegegeld und/oder erhöhte Familienbeihilfe bezogen werden.

Sozialausgaben verhindern Armut entscheidend

Die Sozialausgaben eines Staates werden durch die Sozialquote (% des BIP) ausgedrückt. Sie lag in Österreich 2005 bei 28,8 % (zum Vergleich: 1990: 26 %). In absoluten Zahlen haben sich die Sozialausgaben seit 1990 verdoppelt.

Die Sozialausgaben stiegen zwischen 1990 und 2005 wie folgt:
Für Krankheit: + 94 %, Invalidität: + 72,6 %, Alter: + 104 %, Hinterbliebene: + 17,5 %, Familie: + 105 %, Arbeitslosigkeit: + 142,4 %, Wohnen und Wohnungslosenhilfe: +78,3 %.

Wie der Bericht ausdrücklich festhält, haben Sozialleistungen eine „armutslindernde“ Wirkung. Während sie in nicht armutsgefährdeten Haushalten 33 % des Einkommens ausmachen, betragen sie in armutsgefährdeten Haushalten 60 %. Ohne diese Leistungen wären in Österreich im Jahr 2006 nicht 12,6 % der Bevölkerung armutsgefährdet gewesen, sondern 43 %.

Männerpensionen um 47 % höher als Frauenpensionen

Die durchschnittliche Nettojahrespension in Österreich betrug 2006 14.987 Euro, das sind 14 Monatsbezüge zu jeweils 1.071 Euro. Der Unterschied zwischen Frauen- und Männerpensionen bezogen auf den monatlichen Auszahlungsbetrag: Männer erhielten durchschnittlich 1.300 Euro, Frauen hingegen nur 887 Euro. Somit hatten Arbeitnehmer 2006 eine um durchschnittlich 47 % höhere Pension als Arbeitnehmerinnen. Überdies lagen Frauenpensionen durchschnittlich nur um 147 Euro monatlich über der Schwelle zur Armutsgefährdung.

Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind gravierend: Die höchsten Pensionen (bezogen auf die Durchschnittswerte) werden in Wien, Niederösterreich und Salzburg ausgezahlt, die geringsten im Burgenland, in Vorarlberg und der Steiermark. So lag die Durchschnittspension eines Wieners um 22 % über der eines Burgenländers, und die einer Wienerin um 43 % über der einer Vorarlbergerin.

Ausgleichszulagen, wie sie bezahlt werden, wenn die Eigenpension einen bestimmten Betrag unterschreitet, erhielten im Dezember 2007 11,3 % aller österreichischen PensionistInnen. 69 % der Ausgleichszulagenbezieherinnen waren Frauen.

16 % der PensionistInnenhaushalte weisen eine überdurchschnittlich hohe Armutsgefährdungsquote auf. 249.000 Personen, die in einem Haushalt mit zumindest einem Pensionisten/einer Pensionistin leben, sind armutsgefährdet. Besonders stark betroffen sind alleinstehende Pensionistinnen, bei denen 120.700 Frauen als armutsgefährdet einzustufen sind, darunter vor allem jene, die als Haupteinkommensquelle ausschließlich über eine Hinterbliebenenpension verfügen. Das betraf beispielsweise im Jahr 2001 immerhin 223.042 Frauen, das waren 13 % aller Pensionistinnen.

Reiche wurden reicher

Die Zahl der DollarmillionärInnen in Österreich hat sich zwischen 1999 und 2005 mehr als verdoppelt. Mit einem „Millionärs“-Anteil von 6,9 % liegt Österreich damit sogar noch über dem weltweiten Durchschnitt von 6,5 %. Weltweit sind die Vermögen der Reichen laut „World Wealth Report“ allein zwischen 2006 und 2007 um 11,5 % angewachsen, wobei sie ihr Vermögen zumeist in Wertpapieren und Immobilien angelegt hatten (Anm. d. Red.: Diese Werte beziehen sich auf die Zeit vor Ende 2008.) Gespendet wurde allerdings weniger als ein Prozent des Gesamtvermögens.

„Wis/Sen“-News

Polizei bildet Multiplikatoren aus: Senioren beraten Senioren

Aufklärungsarbeit in Sicherheitsfragen ist wichtig, vor allem für SeniorInnen. Doch die Polizei kann nicht allein die gesamte Aufklärungsarbeit bewältigen. Deshalb ist man in Leverkusen im deutschen Ruhrgebiet dazu übergegangen, ehrenamtliche Senioren für die Beratungsarbeit auszubilden. Alfred Fechner, 78, und Miguel de Prellana, 69, sind die ersten Sicherheitsberater, die nun andere Senioren und Seniorinnen darüber informieren werden, wie sie sich beispielsweise vor TrickdiebInnen oder HandtaschenräuberInnen schützen können. Im Rahmen ihrer zweitägigen Ausbildung erfuhren die beiden übrigens, dass ältere Menschen glücklicherweise weniger häufig Opfer von Verbrechen werden als es die Öffentlichkeit vermutet. SeniorInnen machen in Deutschland 24 % der Bevölkerung aus, aber nur 5 % von ihnen werden Opfer von Kriminalität. Dennoch waren Alfred und Miguel geschockt, als sie die Polizei mit den raffinierten Methoden von Betrügern bekannt machte. Speziell beim „Enkeltrick“ oder bei Haustürgeschäften bedarf es ausreichender Information, um sich zu schützen. In Vorträgen werden die beiden nun ihre Botschaft verbreiten. Die Leverkusener Polizei sucht weitere Freiwillige als SicherheitsberaterInnen.

Quelle: Onlineausgabe des „Kölner Stadtanzeigers“ vom 6. Dezember 2008

Werden alte Menschen im Sprachgebrauch diskriminiert?

Die zwei Rostocker Sprachwissenschaftler Prof. Dr. Karl Heinz Ramers und Prof. Dr. Petra Ewald haben es sich zur Aufgabe gestellt, das in der deutschen Linguistik bisher noch nicht ausreichend behandelte Thema der angemessenen Verwendung des Wortfeldes „Alter(n)“ zu behandeln. Drei Monate lang werden sie gemeinsam mit StudentInnen eine Forschungsarbeit durchführen. Die Bandbreite der zu untersuchenden Bereiche reicht von „Alter in der Werbung“ bis hin zu „Präsentation des Alter(n)s im deutschen Sprichwort“. Dem Thema werden sich die ForscherInnen aus germanistisch-linguistischer Sicht nähern, aber auch soziologische, geschichtswissenschaftliche und demographische Aspekte integrieren. Die Forschung wird übrigens im Rahmen einer Profil-Linie der Universität Rostock durchgeführt, die den schönen deutschen Titel „Aging Science and Humanities“ trägt.

*Quelle: www.mvregio.de/nachrichten_region/185247.html
vom 22. Jänner 2009*

Altersgrenze für Kassenärzte in Deutschland aufgehoben

Vor vier Jahren war Dr. Palatsik im deutschen Schleswig-Holstein als Kassenarzt in den Ruhestand geschickt worden. Galt doch ab 1993 für Kassenärzte die Altersobergrenze von 68 Jahren. Sie war aus Angst vor einem Ärzteüberschuss eingeführt worden und konnte nicht einmal durch den Europäischen Gerichtshof gekippt werden. Ärzten über 68 Jahren war es allerdings auch nach 1993 sehr wohl erlaubt gewesen, Privat-Patienten zu behandeln oder 90 Tage im Jahr als Vertretung für Kassenärzte tätig zu werden. Nur eine eigene Kassenpraxis durften sie nicht mehr betreiben. Inzwischen ist die Altersgrenze komplett gefallen, denn eine Ärztegruppe war gerichtlich gegen den entsprechenden Paragraphen vorgegangen und hatte Recht bekommen. Dies vielleicht auch deshalb, weil inzwischen in etlichen ländlichen Regionen in Deutschland Ärztemangel herrscht und dort auch bereits zunehmend Ausnahmen von der Altersbeschränkung gemacht worden waren. Ärzte im Ruhestand haben nun noch bis 31. März 2009 die Möglichkeit, sich bei der Kassenärztlichen Vereinigung um eine Wiedenzulassung zu bemühen. „Es war ein Fall von Altersdiskriminierung“, sagt Palatsik, der nun in einem mit Ärzten ohnedies unterversorgten ländlichen Gebiet wieder aktiv werden darf.

Quelle: www.sueddeutsche.de vom 30. Dezember 2008

Negative Erinnerungen verblassen im Alter schneller

Ältere Menschen sehen die Vergangenheit oftmals positiver, als sie tatsächlich war. Wissenschaftler haben nun eine mögliche Ursache für dieses Phänomen gefunden: Ältere Menschen setzen ihr Gehirn anders ein als junge Menschen. Curt Bell vom Berufsverband Deutscher Neurologen sieht dies durch eine US-amerikanische Studie bewiesen, bei der jungen Testpersonen und solchen im Alter von 70 Jahren Bilder mit unterschiedlicher Erlebnisqualität gezeigt wurden. Die älteren Studien-TeilnehmerInnen konnten sich dabei an weniger negative Bilder erinnern als die Jüngeren. Zwar hatten die Emotionszentren beider Gruppen vergleichbar stark reagiert, die für Gefühl und Gedächtnis zuständigen Hirnregionen hatten jedoch in unterschiedlicher Weise miteinander kommuniziert. „Ältere Menschen haben vermutlich aufgrund ihrer Lebenserfahrung besser gelernt, mit belastenden Ereignissen umzugehen und in emotionsgeladenen Situationen gelassener zu reagieren,“ ist laut Curt Bell die mögliche Ursache für dieses Phänomen.

Quelle: www.derstandard.at vom 11. Jänner 2009

„Stieffamilien“ und „Patchworkfamilien“ in Österreich

In Österreich leben 800.000 Paarfamilien mit Kindern unter 18 Jahren. Bei 76.000 (9,5 %) ist ein Elternteil nicht mit den Kindern verwandt. Folgende Familientypen werden hier unterschieden:

„Stiefvater-Familien“ (51,2 % von 76.000): Hier hat die Mutter Kinder in die neue Gemeinschaft mitgebracht.

„Stiefmutter-Familien“ (7,3 %): Der Vater hat Kinder mitgebracht.

„Zusammengesetzte Stief-Familien“ (1,2 %): Beide Partner haben Kinder in die Familie mitgebracht.

„Komplexe Stief-Familien“ oder „Patchworkfamilien“ (40,2 %): Hier sind zu den „mitgebrachten“ Kindern weitere Kinder aus der neuen Gemeinschaft gekommen.

Bei 58 % der neuen Partnerschaften kam es zu einer Wieder-
verheiratung, 42 % leben in Lebenspartnerschaften. Deren Anteil ist bei den „zusammengesetzten Stief-Familien“ besonders hoch, von denen 79,4 % ohne Eheschließung zusammenleben.

In Wien sind 12,3 % aller Familien Stief-Familien, im Burgenland nur 7,7 %. Dort ist, im Gegensatz zu Wien, nach einer Trennung die Tendenz zur Gründung einer neuen Familie geringer ausgeprägt. Offensichtlich ist die soziale Akzeptanz für die oben angeführten Familienformen in kleineren bzw. agrarisch stärker geprägten Gemeinden deutlich geringer.

Aufgrund internationaler Erhebungen wird für Österreich geschätzt, dass 4 % bis 6 % aller Kinder unter 18 Jahren in zwei Haushalten leben.

Über die Auswirkungen einer Zunahme von „Stief-Familien“ auf die künftige Betreuung der Großelterngeneration liegen derzeit noch keine Untersuchungen vor.

Quelle: ÖSTAT

Friedrich Grundei
Seniorenbeauftragter der Stadt Wien
